



Forderungen und Erwartungen des hessischen Handwerks an die hessische Landespolitik 2024 - 2029



Am 8. Oktober 2023 entscheiden die hessischen Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung des Hessischen Landtags in der 21. Legislaturperiode. Der Hessische Handwerkstag, die Dachorganisation der hessischen Handwerkskammern, Handwerksfachverbände und Kreishandwerkerschaften, nimmt dies zum Anlass, die Forderungen und Erwartungen des hessischen Handwerks an den Hessischen Landtag und die künftige hessische Landesregierung vorzulegen.

Die über 77.000 hessischen Handwerksbetriebe beschäftigen 380.000 Mitarbeitende, darunter fast 25.000 Auszubildende, und erwirtschaften einen Umsatz von 40,2 Mrd. Euro im Jahr. Um die Wettbewerbsfähigkeit der innovativen und leistungsfähigen Handwerksbetriebe zu erhalten und zu stärken und die Arbeitsplätze zu sichern, braucht es eine verlässliche, mittelstands- und damit handwerksfreundliche Politik auf Landesebene.

Das hessische Handwerk beschreibt in dem vorliegenden Positionspapier die wichtigsten Eckpunkte einer solchen Politik, damit die Handwerksbetriebe die anstehenden Herausforderungen gut bewältigen können und der Wirtschaftsbereich Handwerk auch in der neuen Legislaturperiode seinen unverzichtbaren Beitrag zur digitalen Transformation und zur Dekarbonisierung der Wirtschaft und damit zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes leisten kann.

Wiesbaden, im Mai 2023

Stefan Füll
Präsident

Bernhard Mundschenk
Geschäftsführer



Wirtschafts- und Steuerpolitik

Die vorwiegend kleinbetrieblich strukturierten Handwerksbetriebe in Hessen sind flexibel, innovativ und gut dafür gerüstet, sich im Wettbewerb mit industrieller und internationaler Konkurrenz zu behaupten. Unabdingbar ist aber, dass dieser Wettbewerb zu fairen Rahmenbedingungen ausgetragen wird.

Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand begrenzen

Es bedarf einer konsequenten und wirksamen Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der Öffentlichen Hand. Die in § 121 der Hessischen Gemeindeordnung festgelegten Grenzen der kommunalen Wirtschaftstätigkeit müssen auch in der praktischen Umsetzung angewendet werden. Dies gilt insbesondere für die Subsidiaritätsklausel, wonach die wirtschaftliche Betätigung der Öffentlichen Hand nur zulässig ist, wenn die Aufgabe nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch eine privaten Dritten erledigt werden kann.

Öffentliche Aufträge mittelstandsfreundlich vergeben

Die bestehenden Vergabefreigrenzen und Vergabeverfahren müssen im Land und flächendeckend in allen Kreisen, Städten und Gemeinden verpflichtend angewandt werden. Die Öffentliche Auftragsvergabe muss dringend verschlankt werden und mittelstandsfreundlich erfolgen, indem die Regeln von VOB/A und VOL/A eingehalten und die Vergabe nach Fach- und Teillosten durchgeführt werden. Das Handwerk erwartet hier eine verstärkte Aufklärung und Schulung der zuständigen kommunalen Mitarbeitenden, bei Bedarf auch in Regie des Landes. Auf vergabe-

fremde Aspekte muss in Ausschreibungen verzichtet werden. Vermieden werden muss zudem eine Verdrängung kleiner und mittlerer Bauunternehmer durch die Beauftragung von Generalüber- und -unternehmer durch sog. PPP-Verfahren, durch eine Überfrachtung der Auftragsvergabe mit vergabefremden Aspekten oder durch den verpflichtenden Einsatz kostspieliger Software zur Bauwerksdatenmodellierung (BIM).

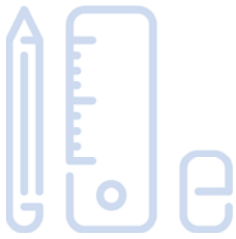
Steuern und Abgaben senken

Das Handwerk fordert das Land Hessen dringend auf, sich auf Bundesebene für eine konsequente Senkung der Steuer- und Abgabenlast einzusetzen, z. B. durch die Begrenzung der kalten Progression in der Lohn- und Einkommenssteuer, die bei der aktuellen Inflationsrate besonders belastend wirkt.

Bürokratielast reduzieren

Entgegen aller Beteuerungen kommt auch die Reduzierung der Bürokratielast nicht voran. Hier sollte das Land Hessen alle neuen Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit einer konsequenten Mittelstandsauswirkungsklausel verabschieden sowie verstärkt die Auswertung interner Verwaltungsdaten statt umfangreiche Statistik-Fragebögen nutzen.

Das Handwerk erwartet zudem, dass sich das Land Hessen auch auf Bundesebene für die Abwehr neuer bürokratischer Belastungen und Dokumentationspflichten für KMU einsetzt (z. B. digitale Kassenführung für bargeldintensive Betriebe, Mehrwegverpflichtung nach Verpackungsverordnung, Barrierefreiheit von Websites etc.)



Berufsbildungspolitik

Berufliche und akademische Bildung gleichstellen

Die größte Herausforderung für den Wirtschaftsbereich Handwerk ist in den kommenden Jahren die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs. Hierzu bedarf es einer grundsätzlichen Bildungswende hin zu einer echten Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

Das Handwerk erwartet, dass sich alle im künftigen Hessischen Landtag vertretenen Parteien – wie bisher – vorbehaltlos für den Erhalt und die Stärkung des dualen Ausbildungssystems und des Meisterbriefs aussprechen.

Berufsschulstandorte erhalten

Eine optimale berufliche Bildung gelingt nur, wenn Berufsschulstandorte gerade im ländlichen Raum erhalten bleiben und – wo nötig – Berufsschulklassen in Kooperation mit den Handwerksorganisationen sachgerecht neu organisiert werden. Das Handwerk fordert die Errichtung von Azubi-Wohnheimen in Ballungsräumen und an Standorten handwerklicher Berufsbildungszentren mit Blockunterricht und überregionalem Einzugsgebiet.

Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung stärker fördern

Das Handwerk erwartet, dass die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung grundsätzlich je zu einem Drittel von Bund, Land und Handwerk insbesondere in der Grundstufe getragen werden.

Hierzu ist eine weitere Aufstockung der Landesförderung erforderlich. Zudem muss das Land verlässlich ausreichende Investitionsmittel zur Modernisierung, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung für die handwerklichen Berufsbildungszentren bereitstellen.

Es dürfen keine staatlich finanzierten Parallelstrukturen in der Fort- und Weiterbildung in Konkurrenz zu bestehenden Bildungseinrichtungen errichtet werden. Insbesondere dürfen Berufsschulen nicht mit eigenen Angeboten Konkurrenz zu Bildungsangeboten der Wirtschaft auf- oder ausbauen.

Meisterförderung ausbauen

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der Dualen Ausbildung ist eine verbesserte Förderung der Meisterfortbildung z. B. durch eine Anhebung des Meisterbonus, die Einführung einer Meistergründungsprämie und eine verbesserte, anteilige Übernahme der Kosten des sog. Meisterstücks.

Zuwanderung erleichtern und Arbeitsmarktintegration verbessern

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung bedarf es einer deutlich verbesserten Zuwanderung beruflich Qualifizierter auch aus Nicht-EU-Ländern. Hessen muss eine attraktive Zielregion für zugewanderungsinteressierte Fachkräfte werden. In Hessen lebt bereits eine große Zahl an zugewanderten Menschen, deren Potential für den Arbeitsmarkt nicht ausreichend genutzt wird. Es bedarf pragmatischer Ansätze zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt. Handwerkliche Bildungsstätten können hier einen großen Beitrag leisten.



Schulpolitik

Nur eine ausreichende Zahl leistungsfähiger und ausbildungswilliger Schulabgänger sichert den Fachkräftebedarf des Handwerks. Hierzu müssen Schulen ihre Schülerinnen und Schüler konsequent auf das Leben nach der Schule vorbereiten.

Berufsorientierung intensivieren

Das Handwerk erwartet eine flächendeckende und schulformübergreifende Berufsorientierung als Kernelement schulischer Bildungsgänge. Gerade auch die Anbieter gymnasialer Bildungsgänge in Hessen sind gefordert, die Berufsorientierung gleichwertig zur Studienorientierung zu etablieren. Hierzu sind verschiedene Maßnahmen erforderlich, beginnend mit einem verpflichtenden

Unterrichtsfach „Werken/Technik“ an allen hessischen Schulen einschließlich der Bereitstellung der hierfür erforderlichen Ressourcen und spezialisierten Lehrkräfte durch die Schulträger, über die Einführung von Berufsorientierungsseminaren für Lehrer und vor allem alle Lehramtsstudenten bis hin zum Ausbau regelmäßiger Pflichtpraktika und der Etablierung eines Freiwilligen Jahres im oder mit dem Handwerk.

Bildungsabschlüsse erhalten

Das Handwerk spricht sich für den Erhalt der Vielfalt der Bildungsabschlüsse aus. Ein wichtiges Ziel muss zudem sein, die Abbruchquoten im gesamten Bildungssystem durch geeignete Maßnahmen weiter zu senken.



Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Eigenvorsorge stärken

Ein leistungsfähiges, aber gleichzeitig bezahlbares Sozialsystem ist eine wichtige Grundlage für Handwerksbetriebe und im Handwerk Beschäftigte. Das Handwerk setzt sich allerdings gerade im Gesundheitssystem für verstärkte Anreize zum wirtschaftlichen Verhalten der Versicherten und eine Stärkung der Eigenvorsorge ein. Dabei sollte das bewährte zweigliedrige System aus gesetzlichen und privaten Krankenkassen erhalten bleiben.

Sozialversicherungsbeiträge begrenzen

Die Leistungsfähigkeit der Handwerksbetriebe und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland droht durch wachsende Sozialabgaben überdehnt zu werden. Jede weitere Belastung des Faktors Arbeit durch steigende Sozialabgaben gefährdet die Fachkräftesicherung als zentrale Zukunftsaufgabe des handwerklichen Mittelstandes. Der Lohnkostenanteil der Betriebe des Handwerks liegt bei bis zu 80 Prozent, so dass die Erhöhung des Zusatzbeitrags bei der Krankenversicherung, die geplante erhebliche Verteuerung der Pflegeversicherungsbeiträge

und absehbare Steigerungen in der Rentenversicherung diese besonders direkt und hart treffen. Das Handwerk fordert, versicherungsfremde Leistungen konsequent über Steuern zu finanzieren, um den Gesamtversicherungsbeitrag auch langfristig unter 40 Prozent zu halten.

Die Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen stellt nach wie vor eine erhebliche bürokratische und finanzielle Belastung dar und ist wieder abzuschaffen, ohne gleichzeitig die Krankenkassenbeiträge zu erhöhen.

Unfallversicherung reformieren

Die gesetzliche Unfallversicherung muss konsequent auf betriebsspezifische Risiken begrenzt werden. Versicherungsleistungen für Schwarzarbeiter dürfen nicht zu Lasten der ehrlichen Beitragszahler gehen.

Mutterschutz für Selbständige einführen

Gerade um junge selbständige Handwerksmeisterinnen zu unterstützen, bedarf es einer Reform des Mutterschutzes bei Selbständigen dergestalt, dass diese vergleichbare Ansprüche wie Angestellte erhalten (Schutzfrist, Mutterschutzgeld etc.).

Schwarzarbeit besser bekämpfen

Schwarzarbeit, Scheinselbständigkeit und unberechtigte Handwerksausübung sind auf allen Ebenen konsequent zu verfolgen. Beitrag des Landes Hessen sollte hier adäquate Sach- und Personalausstattung der zuständigen Verfolgungsbehörden sein. Die hessische Initiative mit dem Ziel, dass Unternehmen ohne Beschäftigte im Baubereich den gleichen Anforderungen des Arbeitsschutzrechtes unterworfen werden sollten, wie Betriebe, die Mitarbeiter beschäftigen, sollte weiter gemeinsam mit dem Handwerk vorangetrieben werden.



Energie- und Umweltpolitik

Eine ausgewogene Energieversorgung beruht nach Auffassung des Handwerks auf dem Ziel-dreieck Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit.

Erneuerbare Energien ausbauen und Energie einsparen

Die in Folge des Ukraine-Krieges entstandene Entwicklung auf den Energiemärkten hat unmissverständlich deutlich gemacht, dass eine Klimawende und eine Ausrichtung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien von entscheidender Bedeutung sind. Hinzu kommt, dass alle vorhandenen Potenziale zur Energieeinsparung genutzt werden müssen. Sowohl beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, als auch bei der Energieeinsparung

(z. B. durch energetischen Gebäudesanierungen) sind Handwerksbetriebe unentbehrlich. Das Handwerk erwartet eine staatliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die darauf ausgerichtet ist, möglichst viel zusätzliches privates Kapital zu aktivieren und zugleich die Immobilienbesitzer nicht zu überfordern.

Kernenergie als Option erhalten

Bei aller Notwendigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien sollte aus Gründen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energie die Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie im Sinne einer Option aufrechterhalten werden.

„Schmalspurausbildungen“ vermeiden

Dem Fachkräftemangel bei der Umsetzung der geplanten Klimaschutzmaßnahmen muss durch die Förderung der Aus- und Fortbildung der dafür notwendigen Fachkräfte begegnet werden, ohne durch „Schmalspurausbildungen“ beispielsweise für die Installation von Solaranlagen oder Wärmepumpen das bewährte duale Ausbildungssystem zu schwächen.

Land als Vorbild

Das Handwerk erwartet, dass das Land bei eigenen Immobilien sowohl im Neubau als auch bei Sanierungen eine Vorbildfunktion wahrnimmt. Dabei können gleichzeitig andere Bauakteure sensibilisiert und geschult werden.

Politische Vorgaben verlässlich und langfristig setzen

Kleine und mittlere Unternehmen müssen bei allen Maßnahmen zur Steigerung der Energie-

effizienz durch breit angelegte Förder- und Informationsprogramme unterstützt werden, um die erforderliche Wirksamkeit und Akzeptanz in der Breite der Gesellschaft zu erreichen. Das Handwerk fordert verlässliche und langfristige politische Zielvorgaben von Bund und Land z. B. bei Sanierungsquoten, Energieeffizienzrichtlinien, Richtlinien über Erneuerbare Energien, Abgasnormen etc. Alle rechtlichen Rahmenbedingungen müssen auf Vereinfachung und Entbürokratisierung hin überprüft werden.

Nachhaltige Reparaturdienstleistungen stärken

Eine längere Nutzungsdauer betrieblicher und privater Güter steigert deren Ressourceneffizienz. Die Politik sollte diese unbedingt fördern, das Handwerk kann hier als Reparaturdienstleister ein zentraler Akteur und Partner für die Nachhaltigkeitsbemühungen des Landes Hessen sein.



Verkehrspolitik und Landesentwicklung

E-Mobilität fördern

Das Ziel eines beschleunigten Ausbaus der E-Mobilität wird vom Handwerk unterstützt. Dabei sind Handwerksbetriebe aber nach wie vor in erheblichem Umfang auf die Nutzung dieselbetriebener Fahrzeuge angewiesen. Auf dem Weg zur Transformation hin zur angestrebten E-Mobilität im Verkehrssektor ist es daher wichtig, einerseits geeignete technische Lösungen zur Nachrüstung bestehender Fahrzeuge mit einer üblicherweise langen Nutzungsdauer seitens der Hersteller anzubieten. Andererseits muss die Politik – wenn geeignete saubere Fahrzeuge zur Verfügung stehen –

den sukzessiven Austausch der Fahrzeugflotten fördern, verbunden mit bezahlbaren und ausreichenden Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen für Spezialfahrzeuge.

Ausreichende Ladeinfrastruktur sicherstellen

Es ist unerlässlich, dass der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur mit dem Anwachsen elektrisch angetriebener Fahrzeuge Schritt hält. Rechtliche und bürokratische Hemmnisse, z. B. durch unterschiedliche Letztverbraucher-Definitionen, müssen unbedingt beseitigt werden.

Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Trotz der angestrebten Verkehrswende bleibt der Erhalt und Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes auf absehbare Zeit ein entscheidender Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur. Nötig sind die Beschleunigung von Planungsverfahren ebenso wie eine diskriminierungsfreie Integration der Verkehrssysteme Straße, Schiene und Luftverkehr in ganzheitlichen, regional abgestimmten Verkehrskonzepten durch optimale Verzahnung sowie der Ausbau von Verkehrsleitsystemen.

Lösungen für Gewerbeverkehr anbieten

Das Handwerk fordert zudem die Vermeidung von Fahrverboten und weiteren Behinderungen des innerstädtischen Wirtschaftsverkehrs durch Beseitigung von Engpässen, Bau von Umgehungsstraßen sowie sach- und praxisgerechte Ausnahme- und Übergangsregelungen für den Wirtschaftsverkehr. Zudem sollten die sog. Jobticket-Lösungen auch für Kleinbetriebe so flexibel gestaltet werden, dass sie auch für diese nutzbar werden.

Geeignete Gewerbeflächen bereitstellen

Handwerksbetriebe haben einen vitalen Bedarf an kleinteiligen, bezahlbaren und möglichst wohnortnahen Gewerbeflächen. Die Nähe von Wohnen und Arbeiten erleichtert eine zielgerechte Versorgung der Bevölkerung und vermindert die Verkehrsbelastung durch

Reduzierung des Kunden- und Beschäftigtenverkehrs. In städtischen Ballungsräumen besteht derzeit erheblicher Wohnraumbedarf, der aber nicht zu Lasten der Bereitstellung von Gewerbeflächen gehen darf. Das Handwerk spricht sich scharf gegen die Möglichkeit der Errichtung von Wohnbauflächen innerhalb der Vorrangflächen für Gewerbe und Industrie aus.

Ländliche Räume entwickeln

Auch Handwerksbetriebe, nicht nur die Landwirtschaft, leisten einen entscheidenden Beitrag für die Entwicklung ländlicher Räume. Darum müssen auch kleingewerbliche Strukturen gefördert werden, um im ganzen Land eine flächendeckende Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie eine wohnortnahe Versorgung auch mit handwerklichen Produkten und Dienstleistungen sicherzustellen.

Breitbandausbau beschleunigt fortsetzen

Eine Beschleunigung der flächendeckenden Breitbandversorgung mit Glasfasertechnik ist nicht nur für die Ballungsräume, sondern gerade auch für die wirtschaftliche Entwicklung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in der Fläche unabdingbar, da kleine Betriebe in ländlichen Regionen keine Standortalternativen haben. Eine wichtige Ergänzung in diesem Zusammenhang bietet die Förderung und der offensive Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots.



Wirtschaftsförderung und Digitalisierung

Kreditfinanzierung sicherstellen

Handwerksbetriebe sind in der Regel kleinbetrieblich strukturiert. Aufgrund dieser Struktur

sind sie in besonderem Maß auf externe Beratung und eine flächendeckende und bezahlbare Fremdkapitalversorgung durch Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken angewiesen.



Hinzu kommt die Unterstützung des Landes Hessen durch Förderung der Kreditfinanzierung und von Beratungsdienstleistungen, die unbedingt fortgeführt und möglichst sogar ausgeweitet werden sollten. Zu nennen sind hierbei insbesondere bewährte Programme wie die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung GuW, das Kapital für Kleinunternehmen und die „Bürgschaft ohne Bank“ durch die Bürgschaftsbank Hessen.

Beratungsnetzwerke stärken

Auch das organisationseigene Berater Netzwerk der Kammern und Verbände im Handwerk – in Form von betriebswirtschaftlicher, betriebstechnischer und verschiedener Sonderberatungsstellen – ist hier von entscheidender Bedeutung und muss auf dem bestehenden Niveau fortgesetzt werden.

Digitale Transformation fördern

Ergänzend hat das Land Hessen zwischenzeitlich verschiedene wirtschaftsfördernde Maßnahmen eingeleitet zur Unterstützung der digitalen Transformation gerade kleiner und mittlerer Unternehmen, wie den Digi-Check, den sog. Digi-Zuschuss, die Digitalisierungsberater bei den Handwerkskammern sowie das Projekt Digi-Guides bei den Handwerksfachverbänden.

Diese verschiedenen Fördermaßnahmen unterstützen erfolgreich die umfassende Digitalisierung betriebsinterner Abläufe, der Kommunikation und der Außenbeziehungen der Handwerksbetriebe durch Information, Beratung und Schulung. Um größtenbedingte Nachteile des Handwerks auszugleichen, sollten die Digi-Programme unbedingt mittelstandsgerecht ausgestaltet und die bestehenden Förderungen, insbesondere das Netzwerk der Digi-Berater im Handwerk, ausgebaut werden.

Faire Rahmenbedingungen sicherstellen

Von großer Bedeutung sind allerdings auch die – zumeist auf Bundes- und Europa-Ebene gesetzten – rechtlichen Rahmenbedingungen der Digitalisierung. Das Handwerk setzt auf die Unterstützung des Landes bei einem diskriminierungsfreien Netzzugang, einem für Kleinbetriebe handhabbaren Datenschutz z. B. im Rahmen der DSGVO, bei der Sicherung fairen Wettbewerbs in der Plattformökonomie und der Nutzung von Herstellerdaten z. B. in der Kfz- und der Klima- und Heizungsbranche, beim flächendeckenden Ausbau von eGovernment-Angeboten bzw. der direkten Verknüpfung der staatlichen eGovernment-Plattformen mit denen der Handwerksorganisationen.